

(Staatsminister Dr. Graf Balthus v. Eckstädt.)

(A) der menschlichen Ernährung notwendigen Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche dafür besorgt zu sein, daß ausreichendes gutes Saatgut zu angemessenen Preisen sichergestellt werde usw. Die Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Rechenschaftsdeputation fand am 11. Februar statt. In ihr wurde erneut darauf hingewiesen, daß man die Gewährung von Anbauprämien nicht wünsche. Der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Born, erklärte jedoch, daß die Deputation es als erste Hauptbedingung erachte, um den Kartoffelanbau zu fördern und zu vermehren, daß ausreichendes und gutes Saatgut zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt würde. Die hohen Preise für Saatkartoffeln und namentlich für anerkanntes Saatgut seien von der Deputation bemängelt worden. Es müsse der Preis für Saatkartoffeln ein angemessener sein, die Spannung dürfte nicht so hoch sein, wie sie jetzt ist.

Herr Abgeordneter Nitzsche, der sich gegen die Gewährung von Prämien nachdrücklich aussprach, hob die in der Deputation festgestellte Tatsache besonders hervor, daß den Kartoffelerzeugern für das Saatgut Preise abgefordert worden sind, die in keinem Verhältnis zu den Preisen für Speisefkartoffeln gestanden haben. Schon bei dieser Gelegenheit machte der Herr Abgeordnete Andrä darauf aufmerksam, daß es verschiedene Möglichkeiten gebe, angemessene Preise für die Saatkartoffeln, die bei der vermehrten Anbaufläche in Betracht kommen, sicherzustellen. Er führte damals aus: „Wenn das Königreich Preußen nach dieser Richtung hin bestimmte Wege geht, also für die Saatkartoffeln auf die vermehrte Anbaufläche für den Zentner 3 M. 50 Pf. als Beihilfe gewährt und die Beihilfen für die Wirtschaftsbetriebe von 100 ha abwärts dabei in Frage kommen, so wird es sich fragen, wie in Sachsen die königliche Staatsregierung angemessene Preise für dieses Saatgut schafft, denn darüber ist kein Zweifel, daß ein gewisser Anreiz irgendwie geschaffen werden muß.“ Der Herr Abgeordnete Günther betonte nochmals, daß es doch ganz selbstverständlich sei, daß Vor Sorge getroffen werden müsse, daß gutes Saatgut zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werde. Er sagte: „Ich würde es als eine große Nachlässigkeit ansehen, wenn von seiten der verantwortlichen Regierungsstelle nicht das getan würde, was hier verlangt wird.“

Der Antrag wurde dann in der Kammer in der Fassung, die ihm die Rechenschaftsdeputation gegeben hatte, einstimmig angenommen. In der Verhandlung der Ersten Kammer am 14. März erklärte der Berichterstatter, Herr Dombechant Dr. v. Hübel, daß es von hoher Bedeutung sei, dafür Sorge zu tragen, daß neues Saatgut herankommt

und daß die Spannung zwischen dem Preise der Speisekartoffeln und dem der Saatkartoffeln nicht allzu hoch wird. Es sei ihm bereits bekannt geworden, daß die königliche Staatsregierung beabsichtige, sich eine Summe bewilligen zu lassen, die den Kommunalverbänden zur Verfügung gestellt werden solle, um Saatkartoffeln heranzubringen und die bereits erwähnte Preisspannung zu mildern. Das sei jedenfalls ein Mittel, das zur Förderung des Kartoffelanbaues wesentlich beitragen würde.

Die Frage ist weiter in den Sitzungen des Ernährungsbeirates am 5. Februar und nochmals am 5. März eingehend behandelt worden. In der Verhandlung am 5. Februar sprach sich insbesondere Herr Abgeordneter Nitzsche gegen die Gewährung einer Anbauprämie aus, betonte aber, daß man den Saatguterzeugern weniger hohe Preise bewilligen müsse. Auch Graf Brühl-Renard lehnte gleichfalls die Gewährung einer Anbauprämie ab, da er sich von der Gewährung eines Staatszuschusses nach Maßgabe der Anbaufläche keinen Erfolg versprechen könne. Es bestehe dann die Gefahr, daß bei mangelndem Saatgut die Kartoffeln unwirtschaftlich dünn ausgelegt würden. Als in der Sitzung vom 5. März Erzellenz Dr. Mehnert nochmals auf die Frage zu sprechen kam, erklärte ich, daß die Frage, die ja schon eingehend erörtert worden sei, anscheinend unter einem Mißverständnis stehe. Selbst Vertreter der Landwirtschaft hätten sich gegen die Bewilligung von Prämien ausgesprochen.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Dagegen sei in der gleichen Sitzung der Zweiten Kammer der Antrag Andrä, der die Beschaffung von Saatgut zu angemessenen Preisen fordere, einstimmig angenommen worden. Die Regierung werde dem Beschlusse der Kammer folgen, stehe aber auf dem Standpunkt, daß ein Prämienystem zu vermeiden sei. Hierzu erklärte Herr Abgeordneter Lange, niemand habe etwas dagegen einzuwenden, daß die Regierung Mittel aufwende, um Saatgut, Dünger usw. für den Kartoffelanbau zu beschaffen. In der weiteren Aussprache, in der Herr Abgeordneter Nitzsche hervorhob, daß er sich gegen eine Ausgabe für diese Zwecke wenden müsse, da die Regierung doch erklärt habe, daß das Saatgut sichergestellt sei,

(Abg. Nitzsche [Leusch]: Sehr richtig!)

betonten noch mehrere Redner, unter anderem die Herren Dombechant Dr. v. Hübel, Abgeordneter Friedrich und Abgeordneter Günther, daß das fehlende Saatgut beschafft werden müßte und daß die Regierung dem von der Kammer